

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

37. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. April 2003, 14:00Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Joachim Wagner (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. für Rolf Fischer

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2573	
2. Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein	6
Mündlicher Bericht der Landesregierung	
3. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a Grundgesetz; hier: Anmeldung zum 33. Rahmenplan für den Hochschulbau (2004 - 2007)	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2452	
4. Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG - Universitätsklinika Jahr 2001 -	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2294	
5. Entwurf eines Gesetzes über die Studiengebühren an staatlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein (Studiengebührengesetz - StudienGebG)	10
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/2351	

- 6. a) Verzahnung von Vorschul- und Grundschulbereich, Neuordnung der
Grundschule und Überarbeitung der Orientierungsverordnung** **12**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2379 (neu)
- b) Neufassung der Orientierungsstufenverordnung**
- (auf Antrag der SPD-Fraktion)
- 7. Bericht des Bildungsministeriums über die Umsetzung des Bildungsstätten-
Förderkonzeptes** **13**
- 8. Verschiedenes** **14**

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2573

(überwiesen am 4. April 2003)

M Erdsiek-Rave berichtet zunächst, es sei vorgesehen, dass sich eine interministerielle Arbeitsgruppe mit den im Antrag aufgeworfenen Fragen beschäftigen und auf der Grundlage vorliegender Daten - eine Erhebung neuer Primärstatistiken für diesen Bericht sei nicht möglich - den geforderten Kulturwirtschaftsbericht erarbeiten solle. Realistisch sei, ihn bis zum 30. Juni 2004 fertig zu stellen, so dass er noch vor der Sommerpause 2004 dem Parlament vorgelegt werden könne. Die Ausschussmitglieder begrüßen diese Vorgehensweise.

Nach einer kurzen Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2573, dahingehend zu ändern, dass die ersten beiden Sätze wie folgt lauten: „Die wirtschaftliche Dimension des Kulturschaffens hat für Schleswig-Holstein große Bedeutung. Kultur schafft Arbeit und Umsatz.“ Darüber hinaus kommt der Ausschuss überein, dass der letzte Absatz des Vorspanns lauten soll: „Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung aufgefordert, bis zum 30. Juni 2004 einen Kulturwirtschaftsbericht für die Zeit seit 1995 abzugeben, in dem nach Möglichkeit die folgenden Fragen beantwortet werden.“

Punkt 2 der Tagesordnung:

Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 3. April 2003)

- Verfahrensfragen -

M Erdsiek-Rave informiert den Ausschuss darüber, dass das Ministerium derzeit dabei sei, einen Zeitstrukturplan für die großen Initiativen zu verabschieden, die sich durch die Umsetzung der Empfehlungen der Erichsen-Kommission ergeben hätten. Das betreffe unter anderem die Hochschulstrukturen, die Novellierung des Hochschulgesetzes, Absprachen im Zusammenhang mit den Hochschulverträgen, dem Hochschulplan und die Zielvereinbarungen sowie die Haushaltsberatungen. Da der Zeitstrukturplan noch nicht in allen Einzelheiten regierungsintern und mit der Direktorenkonferenz abgesprochen sei, sei sie heute nicht in der Lage, dem Ausschuss hierzu Einzelheiten vorzutragen. Sie kündigt jedoch an, dem Ausschuss in der Woche nach Ostern die wesentlichen Eckpunkte des Zeitplans mitzuteilen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dahingehend, zunächst die Vorlage des Zeitstrukturplans durch die Landesregierung abzuwarten und parallel zu den Beratungen der Landesregierung einzelner Initiativen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Empfehlungen der Erichsen-Kommission im Ausschuss Beratungen, gegebenenfalls auch eine Anhörung, durchzuführen.

Abg. Dr. Klug schlägt darüber hinaus vor, dass die einzelnen Fraktionen ihre Änderungsvorschläge - angelehnt an das Verfahren bei den Haushaltsberatungen - zu den jeweiligen Punkten in einem Papier zusammenfassen und in dieser Form in den Arbeitsgang des Ausschusses einbringen sollten. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Verfahrensvorschlag zu.

Der Ausschuss berät weiter über eine Einladung des Fachbereichs Landbau der Fachhochschule Kiel zu einer gemeinsamen Sitzung des Agrarausschusses mit dem Bildungsausschuss zu den Vorschlägen zur künftigen Struktur des Hochschulwesens im Erichsen-Gutachten. Nach einer kurzen Aussprache bitten die Ausschussmitglieder den Vorsitzenden, in einem Brief dem Vorsitzenden des Agrarausschusses mitzuteilen, dass der Bildungsausschuss dieser Einladung nicht folgen möchte, da der Ausschuss im Zuge seiner umfassenden Beratungen

des Erichsen-Gutachtens zu gegebener Zeit eine Anhörung durchführen wolle, der jetzt durch eine Diskussion mit einem einzelnen Betroffenen nicht vorgegriffen werden solle.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a Grundgesetz; hier:
Anmeldung zum 33. Rahmenplan für den Hochschulbau (2004 - 2007)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2452

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Klug möchte wissen, ob die noch ausstehenden Entscheidungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Empfehlungen der Erichsen-Kommission noch im gemeinsamen Rahmenplan berücksichtigt werden könnten, wenn die Anmeldung schon jetzt ohne Berücksichtigung dieser neuen Entscheidungen erfolge. M Erdsiek-Rave erklärt, dass die Entscheidung über den Rahmenplan voraussichtlich erst im Spätsommer erfolgen werde. Insofern bestehe noch genügend Spielraum, um eventuell im Hinblick auf Entscheidungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Erichsen-Empfehlungen noch Anmeldungen zurückzuziehen und damit zu bewirken, dass das Geld zur Deckung anderer Vorhaben im Land eingesetzt werden könne. Insofern sei eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt über die Anmeldung für den Rahmenplan unschädlich.

Abg. Birk betont, dass der Ausschuss auch nach außen hin deutlich machen müsse, dass er die Anmeldung heute nur unter dem Vorbehalt zur Kenntnis nehmen könne, dass er wisse, dass sich mit den anstehenden Entscheidungen im Zusammenhang mit den Empfehlungen der Erichsen-Kommission noch Änderungen ergeben könnten.

Die Ausschussmitglieder nehmen anschließend den Bericht der Landesregierung zur gemeinsamen Rahmenplanung nach Art. 91 a Grundgesetz; hier: Anmeldung zum 33. Rahmenplan für den Hochschulbau (2004-2007), Drucksache 15/2452, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG
- Universitätsklinikum Jahr 2001 -**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2294

(überwiesen am 12. Dezember 2002 zur abschließenden Beratung)

Abg. Weber erklärt, nach der ausführlichen Debatte im Plenum zu dem Bericht der Landesregierung über die Universitätsklinikum für das Jahr 2001 sehe er im Ausschuss keinen Beratungsbedarf mehr.

M Erdsiek-Rave schlägt vor, dem Ausschuss im Mai in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil über den Stand der Fusion der Universitätsklinikum, der Zentrenbildung und der Einsparvorschläge, die an den beiden Standorten der Klinikum gemacht worden seien, zu informieren. Die Ausschussmitglieder begrüßen diesen Vorschlag.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG, betreffend Universitätsklinikum Jahr 2001, Drucksache 15/2294, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Studiengebühren an staatlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein (Studiengebührengesetz - StudienGebG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2351

hierzu: Umdrucke 15/3098, 15/3125, 15/3142, 15/3152, 15/3183, 15/3198,
15/3199, 15/3200, 15/3201, 15/3202, 15/3203, 15/3214,
15/3216, 15/3217, 15/3218

(überwiesen am 18. Dezember 2002 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

Abg. Weber erklärt, die ganz überwiegende Zahl der schriftlichen Stellungnahmen der Anhörung bestätige die Auffassung der SPD-Fraktion, dass es keine Veranlassung gebe, Studiengebühren in der von der FDP-Fraktion in ihrem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Form zu erheben. Die SPD-Fraktion werde deshalb den FDP-Antrag ablehnen.

Abg. de Jager führt für seine Fraktion aus, die Anhörung habe gezeigt, dass die Hochschulen bei dem vorgeschlagenen Modell der Einführung der Hochschulkonten sehr große Probleme sähen. Deshalb werde auch die CDU den Antrag der FDP ablehnen, auch wenn sie nicht grundsätzlich gegen die Einführung von Studiengebühren sei.

Abg. Dr. Klug gibt zu bedenken, dass die Tendenz in vielen Bundesländern dahin gehe, Studiengebühren für Langzeitstudenten einzuführen. In Zukunft werde das zu dem nicht wünschenswerten Effekt führen, dass es zu einer Abwanderung der Langzeitstudenten nach Schleswig-Holstein komme, weil sie hier weiterhin kostenlos studieren könnten. Das sei einer der Gründe dafür, warum die FDP auch nach der durchgeführten Anhörung an ihrem Gesetzentwurf festhalte.

Abg. Birk erklärt, auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde dem vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion der FDP nicht zustimmen. Nichts desto trotz sehe auch sie die Notwendigkeit, über eine Reform der Studienorganisation insgesamt zu beraten.

In der anschließenden Abstimmung empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP über die Studiengebühren an staatlichen Hochschulen des Landes

Schleswig-Holstein (Studiengebührengesetz - StudienGebG), Drucksache 15/2351, mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Verzahnung von Vorschul- und Grundschulbereich, Neuordnung der Grundschule und Überarbeitung der Orientierungsverordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2379 (neu)

(überwiesen am 23. Januar 2003 an den Bildungsausschuss)

b) Neufassung der Orientierungsstufenverordnung

(auf Antrag der SPD-Fraktion)

M Erdsiek-Rave berichtet, dass sich die Neufassung der Orientierungsstufenverordnung und der Erlass zum Lehrplan zurzeit im Mitbestimmungsverfahren befänden, so dass beide voraussichtlich zum 1. August 2003 in Kraft treten könnten.

Sie führt weiter aus, dem Landesschulbeirat sei ein veränderter Entwurf der Orientierungsstufenverordnung vorgelegt worden, in dem die Anregungen und Vorschläge aus der Anhörung sehr weitgehend aufgegriffen worden seien. Danach sei die Einführung von Lehrplänen für die Klassenstufen 3, 4 und 5 vorgesehen. Darüber hinaus seien auch weitere Anregungen im Hinblick auf eine Vereinfachung des Verfahrens im Zusammenhang mit der Einführung der Pflichtberatung aufgenommen worden. Danach solle nur noch die empfohlene Schule eine Beratung durchführen. Außerdem sei bei mehreren Punkten - beispielsweise bei der Frage Zurückstufung im Laufe des Schuljahres - das Wort „grundsätzlich“ eingefügt worden, so dass in allen diesen Fragen auch Ausnahmen möglich seien.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU empfiehlt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der CDU zur Verzahnung von Vorschul- und Grundschulbereich, Neuordnung der Grundschule und Überarbeitung der Orientierungsstufenverordnung, Drucksache 15/2379 (neu), dem Landtag zur Ablehnung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über die Umsetzung des Bildungsstätten-Förderkonzeptes

Umdruck 15/3174

Abg. Eisenberg merkt an, die Gesamtförderung für den Bereich der Bildungsstätten sei insgesamt rückläufig. Entgegen den ursprünglichen Zusagen sei er in der Zeit von 1999 bis 2003 abgesenkt worden, jeweils um 5 %. M Erdsiek-Rave erwidert darauf, der Rückgang der Gesamtförderung sei vom Parlament so beschlossen worden. Er sei Bestandteil der Haushaltsplanungen gewesen. Allerdings sei es im Zusammenhang mit dem Konzept, mit den erheblichen Investitionen aus den Regionalprogrammen, die getätigt worden seien, und der damit verbundenen Steigerung der Attraktivität der Einrichtungen den Bildungsstätten überwiegend gelungen, den rückläufigen Landeszuschuss durch eigene Einnahmen auszugleichen.

Abg. de Jager möchte wissen, ob es bei der Neufassung des Konzeptes Überlegungen gebe, bei der Ermittlung des Sockelbetrages für die Förderung der Bildungsstätten den Indikator Immobilienwert in Zukunft gar nicht mehr oder nicht mehr so stark mit einzubeziehen. Herr Thomas aus dem Bildungsministerium antwortet, zur Zeit würden Gespräche mit den Bildungsstätten geführt. In diesem Zusammenhang würden unterschiedliche Dinge erörtert, unter anderem die Frage der Planungssicherheit und auch die Frage, wie man trotz des Wettbewerbs zwischen den Einrichtungen die Qualität sichern könne. Außerdem werde hier auch die Frage, ob nicht der Immobilienwert weniger wichtig sei als eine Qualitätssicherung, eine Rolle spielen. Ziel sei es, bis zum Jahresende die Gespräche abzuschließen und das Konzept vorzulegen.

M Erdsiek-Rave greift abschließend einen Wunsch von Abg. de Jager auf und sagt dem Ausschuss zu, ihm noch einmal über das neue Bildungsstättenförderkonzept zu berichten, bevor es verabschiedet und auf den Weg gebracht werde.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Klug spricht die besondere Schulproblematik in St. Michaelisdonn an, aufgrund der es in der letzten Zeit zu einer großen Fluktuation von Lehrkräften und dadurch zu einem großen Unterrichtsausfall gekommen sei. Er bittet das Ministerium zu prüfen, ob es nicht im Hinblick auf die besonders schwierige Situation für die Abschlussklassen in diesem Fall sinnvoll sei, für eine gewisse Überbrückungszeit eine Verstärkung des Lehrkörpers vorzunehmen, wie das auch in anderen Fällen vom Ministerium schon gemacht worden sei. M Erdsiek-Rave erklärt, vor dem Hintergrund, dass es in St. Michaelisdonn vor allem menschliche Probleme innerhalb des Kollegiums gebe und diese dazu geführt hätten, dass eine Reihe von Lehrern die Schule verlassen hätten, sei es für das Ministerium sehr schwer, helfend einzugreifen.

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuss überein, für das erste Halbjahr 2004 eine Ausschussreise zum Thema „Organisation der öffentlichen Schulen“ nach England zu planen.

Der Vorsitzende weist abschließend auf den geplanten Besuch des Ausschusses im Prinzenhaus in Plön am 5. Mai 2003, 10:30 Uhr, hin.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 15:40 Uhr.

gez. von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Schönfelder

Protokollführerin